

# KLARTEXT

Sozialistische Monatszeitung für  
Rostock und den Landkreis Rostock

# DIE LINKE.

Nr. 272 - 30. Jahrgang

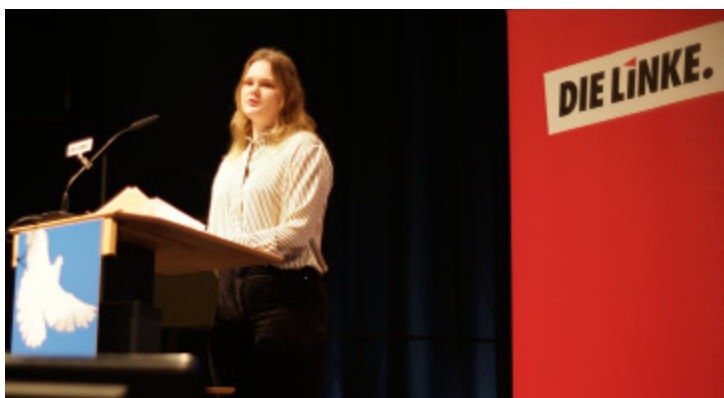
APRIL 2022

Spendenbeitrag 50 Cent

## ROSTOCKER PARTEITAG

Am 19. März traf sich unser Landesverband zu einem Parteitag in der Rostocker Stadthalle. Zu Beginn rief Eva-Maria Kröger zu einer Gedenkminute für die Opfer des Krieges in der Ukraine auf. Das Entsetzen über den Krieg prägte viele Reden auf dem Parteitag. Evas Aussage „Der Frieden braucht uns“ war hier das Leitmotiv.

Per Akklamation verabschiedeten die Delegierten einen vor allem von Christian Albrecht verfassten Initiativtraktat zu diesem Thema. Verurteilung des russischen Angriffskrieges, Solidarität mit den vom Krieg Betroffenen, humanitäre Hilfe für die Geflüchteten und Widerstand gegen die Politik der Aufrüstung – das ist unsere Linie. Die Folgen, z.B. steigende Lebensmittelpreise, sollten nicht von den Schwachen in der Gesellschaft getragen werden. Amira Mohamed Ali kritisierte die „Kriegsbesoffenheit“ des Bundestages, forderte aber auch die LINKE zum Nachdenken auf. Friedenspartei sollen wir jedoch auf jeden Fall bleiben.



Vanessa Müller, neue Landesvorsitzende

Wenig sagte Amira zum schlechten Zustand der Bundestagsfraktion. Sie forderte dazu auf, Debatten nicht öffentlich, sondern in den dafür vorgesehenen Gre-

wenn Konflikte nicht gelöst werden. Dann eskalieren sie kurz vor Wahlen. Wird sich das vor der nächsten Bundestagswahl wiederholen?

Deutlich wurde Simone Oldenburg: Uns fehlen Antworten auf offene Fragen, wir winden uns und flüchten in Ungenauigkeiten. Der Erfurter Bundesparteitag müsse zu einem Aufbruch werden. Dietmar Bartsch musste dann auch eingestehen, dass DIE LINKE sich in einer ihrer größten Krisen befindet. Vieles schob er auf den Bundestagswahlkampf, auf dessen Umstände und eigene Fehler der Partei. Diese Deutung kann aber m.E. nicht erklären, warum wir seit der Bundestagswahl noch einmal deutlich an Zustimmung verloren haben. Was ist in den vergangenen 6 Monaten passiert? Die katastrophale Außendarstellung der LINKEN hat jedenfalls nicht wenig mit den bizarren Egotrips einiger Bundestagsabgeordneter zu tun. An dieser Stelle muss die Fraktionsführung endlich Führungsstärke beweisen.

*Fortsetzung auf S. 3*

## ◀ KRÖPELINER PARTEITAG

Am 12. März fand in Kröpelin die 1. Tagung des 8. Kreisparteitages statt. Mit insgesamt zehn (10!) notwendigen Wahlgängen war unser Parteitag ein regelrechter Marathon, bei dem aber auch inhaltliche Berichte und Diskussionen nicht zu kurz kamen. Aufgrund des nach wie vor um sich greifenden Corona-Virus musste der ursprüngliche Termin für diesen Parteitag im vergangenen Jahr verschoben werden, dennoch kamen sehr viele Genossinnen und Genossen zum Parteitag.

### Berichte & Grußworte

Nicht auf unserem Parteitag anwesend sein konnten unsere Abgeordneten MdB Ina Latendorf und MdL Michael Noetzel. Genn. Latendorf war zeitgleich auf dem Parteitag des Kreisverbandes Ludwigslust-Parchim und Genn. Noetzel mit einem Hilfskonvoi in Richtung Polen unterwegs, um ukrainische Flüchtlinge zu versorgen. Beide ließen aber Grußworte verlesen. Sowohl Ina als auch Michael betonten die Notwendigkeit, als Partei stärker in Erscheinung zu treten.

*Fortsetzung auf S. 6*



In dieser  
Ausgabe

Seite 2: Haushaltsklausur  
Seite 3/4: Landesparteitag  
Seite 5: Mehmet Turgut  
Seite 6/7: Kreisparteitage  
Seite 8/9: Bürgerschaft

Seite 10: Ukrainekrieg  
Seite 11/12: Bertha v. Suttner  
Seite 12/13: VVN-Ausstellung  
Seite 14/15: Hannelore Rabe  
Seite 16: Ina Latendorf

Liebe Leserinnen und Leser, unsere herzlichen Glückwünsche gehen an den neuen Landesvorstand! Aus Rostocker Sicht natürlich vor allem an die neue Landesvorsitzende Vanessa Müller. Möge ihr Team in diesen schwierigen Zeiten zu einem kollegialen und produktiven Miteinander finden.

Wir gratulieren Nico Burmeister zu seiner Wiederwahl als Kreisvorsitzender im Landkreis. Wir wünschen ihm sowie dem ganzen neuen Kreisvorstand eine erfolgreiche

Arbeit in den kommenden zwei Jahren. In bewährter Manier werden wir die Arbeit der Vorstände in den nächsten Jahren begleiten. Die vom Parteitag beschlossene größere Transparenz von Vorstandsarbeit wartet nun auf ihre Umsetzung.

In Rostock mussten wir der aktuellen Pandemielage Tribut zollen - lest selbst!

**Viel Vergnügen beim Lesen dieser Ausgabe unserer Mitgliederzeitung wünscht Euch die KLARTEXT-Redaktion.** *Carsten Penzlin*



Klausur zum städtischen Haushaltsplanentwurf 22/23

Die Zukunft der Rostocker Stadtkasse sieht wahrlich nicht rosig aus. Spätestens ab 2023 droht ein erhebliches Defizit, dann wäre die Stadt wieder einem Sparzwang ausgesetzt. Laut Haushaltsplan würden in den Jahren 2023 bis 2025 rund 114 Mio. Euro Konsolidierungsbedarf entstehen. Eva-Maria Kröger, Fraktionsvorsitzende, will dennoch an den Ausgaben für Soziales, Kultur und Sport festhalten:

„Das kostenfreie Schülerticket, Verbesserungen in den Kitas oder die ersten Steigerungen in der Kulturförderung sind Errungenschaften, von denen viele Menschen in Rostock profitieren. Keinesfalls möchten wir sie aufgeben. Im Gegenteil. Uns fällt auf, dass viele Vereine und Verbände, die in den Bereichen Kultur, Soziales oder Sport aktiv sind, seit vielen Jahren dieselben Zuschüsse von der Stadt bekommen. Doch auch für jeden Verein sind die Mietkosten, die Betriebskosten oder vorhandene Personalkosten gestiegen. Bei gleichbleibenden Zuschüssen heißt das, dass der Verein am Ende weniger Geld für seine wichtige Arbeit hat. Hier wollen wir mit den anderen Fraktionen in der Bürgerschaft verhandeln, in welchen gesellschaftlichen Bereichen wir nachbessern können.“ Grundsätzlich sei es aber gut, dass die Verwaltung im Bereich der freiwilligen Leistungen trotz schwieriger Kassenlage nichts wegstreichen will, so Kröger.

Die Stadt hat sich laut Haushaltsplan viel vorgenommen im Bereich der Investitionen. Mehr Geld denn je soll in Baumaßnahmen gesteckt werden. Allein 2023 möchte die Stadtverwaltung mehr als 187 Mio. Euro verbauen, während 2020 nur rund 86 Mio. Euro ausgegeben wurden. (2018: 70 Mio./ 2019: 66 Mio.)

„Die Vorhabenliste der Stadt ist etwas übermütig. Natürlich ist es sehr wichtig, überall in Geh- und Radwege, Schulen, Spielplätze oder Straßen zu investieren. Aber 2023 sollen allein für die BUGA-Vorhaben über 50 Mio. Euro ausgegeben werden und das Risiko, dass diese Baumaßnahmen sich verzögern, teurer werden oder andere Projekte dafür liegenbleiben, ist sehr groß. Am Ende drohen leere Versprechungen, mal abgesehen von den Folgekosten dieser BUGA-Bauprojekte, die völlig unbekannt sind.“, warnt Kröger.

Die Fraktion DIE LINKE hat erste Ideen für den Haushalt entwickelt, unter anderem möchten wir mehr Geld beantragen für die Verbesserung von Schulräumen, in denen die Schüler Mittag essen. Aktuell könnte pro Jahr nur ein entsprechender Raum neu gestaltet werden, diese Anzahl ist zu erhöhen.

*Pressemitteilung*

## AKTUELLES

Karl August Arndt,  
geboren am 10.02.1927

Mit 95 Lebensjahren hellwach und seit 70 Jahren Linker und **Friedenskämpfer!**

Ich habe ihn vor ungefähr 11 Jahren kennengelernt. Aufgewachsen östlich der Oder als Großbauern- und Bürgermeistersohn, entwickelte er sich zum Hitlerjungen. Er meldete sich mit 17 Jahren freiwillig, wie sein ganzer Abiturjahrgang, zur Wehrmacht. Karl ritt durch halb Europa und landete erst in amerikanischen, dann in russischer Gefangenschaft. Die Behandlung und Arbeit war unerwartet sehr gut und entsprach den internationalen Gesetzen!

Dank eines hervorragenden Menschen, wurde ihm in der Gefangenschaft klar, welche Dinge für die Menschen wichtig sind. Frieden und gegenseitige Achtung! 1950 entlassen, arbeitete er in Tessin in der Getreidemühle als „Sackträger“. Weil er sich für Kollegen einsetzte, wurde er bald als Gewerkschafter gewählt. 1952 trat er der SED bei. Von jetzt an erfüllte er mehrfach Parteaufträge und arbeitete in der Polizei, Wasserschutzpolizei und die meiste Zeit im Strafvollzug. Als jüngster Leiter eines Strafvollzuges war er zuständig für die Umsetzung der Strafprozessordnung und oft freiwillige Arbeitseinsätze der

Häftlinge in ganz Mecklenburg.

In der Rentenzeit bereiste er als Reiseleiter mehrfach die Sowjetunion. Immer wieder erzählte er mir, welch großherzige und gastfreundliche Menschen die Russen sind! Noch heute nutzt er jeden Kontakt mit Menschen, um den Friedensgedanken der Linken zu vermitteln. Mir gibt er Hinweise zu Bürgernähe und Kontaktpflege mit allen Menschen, Unternehmern und Vereinen als Ortsbeiratsvorsitzender (er sagt immer Bürgermeister). Den Krieg des russischen Staates gegen die Ukraine verurteilt er so wie ich! Er hat Tränen in seinen Augen, wenn er zurückdenkt an das Leid der vom 2. Weltkrieg betroffenen Menschen. Nie wieder Krieg ist immer noch aktuell!

Danke und herzlichen Glückwunsch Karl August!

*Henry Klütze*



# ◀ AKTUELLES

## BERICHT VOM LANDESPARTEITAG

Fortsetzung von S. 1

Durchaus selbstkritisch verabschiedeten sich nach vier Jahren die Landesvorsitzenden Wenke Brüdger und Torsten Koplin. Viele Ziele wurden nicht erreicht. Auf der Habenseite sehen sie Profilschärfe bei den Themen Bildung, Arbeit und Gleichstellung sowie ein gutes Verhältnis zwischen Fraktion und Landesvorstand. Streit im Landesverband werde meistens kulturvoll ausgetragen. Dafür spricht, dass die Landesschiedskommission in den vergangenen zwei Jahren keine Arbeit hatte.

Der Wunsch der Delegierten in Rostock, im Landesverband einen Aufbruch in der Partei vorzuleben, offenbarte sich in den Wahlergebnissen zum Landesvorstand. Die 22-jährige Studentin Vanessa Müller aus unserem Kreisverband wurde mit 68% Ja-Stimmen zur Landesvorsitzenden gewählt. Führungsstärke und Teamfähigkeit bezeichnet sie als ihre Stärken. Die Kompetenz eines Menschen habe nichts mit seinem Alter zu tun. Vanessa möchte Menschen mittleren und jungen Alters sowie vor allem Frauen für die LINKE begeistern – lauter als bisher und mit mehr Mut zum Anecken, mit deutlich stärkerem Fokus auf die Öffentlichkeitsarbeit im Internet. DIE LINKE ist für sie die einzige Partei, die wisse, dass der demokratische Sozialismus die Lösung sei.

An Vanessas Seite wird Peter Ritter den Landesverband führen. Gegen den Schweriner Kandidaten Torsten Skott wurde es jedoch knapper, als erwartet (56 zu 44%). Peter konnte wegen eines Trauerfalls nicht in Rostock sein. Über die Gründe für sein mäßiges Wahlergebnis kann man nur spekulieren. Stellv. Landesvorsitzende sind Judith Keller, Hennis Herbst (25 J., studentischer Prorektor in Greifswald) sowie Horst Krumpen.

Für die weiteren Plätze im Landesvorstand gab es zahlreiche Bewerbungen, sogar bei den Frauen. Viele neue Gesichter wurden gewählt, altbekannte Gesichter hatten das Nachsehen. Besonders gute Ergebnisse bekamen Sara Klamann und Tobias Müller – beide aus Rostock. Mit Laura-Marie Pleßmann und Felix Baumert sind zwei weitere Mitglieder unseres Kreisverbandes in den LaVo gewählt worden. Eva-Maria Kröger, Margit Glasow, Jutta Reinders und Christian Albrecht hatten nicht mehr für das Gremium kandidiert.

Für Sara, stv. Kreisvorsitzende in Rostock,

steht der Kampf gegen Rassismus an erster Stelle. Tobias möchte mehr Leben in den Landesverband bringen, neue Formate ausprobieren und die Mitglieder besser aktivieren. Laura-Marie will gegen patriarchale Strukturen und Sexismus kämpfen. Felix wird daran arbeiten, den Landesvorstand zu einer Schnittstelle von Kreisverbänden und Fraktionen zu machen.

Aus dem Landkreis schafften es Karen Larisch, Juliane Schmiel und Peter Georgi in den Landesvorstand. Juliane, Kommunalpolitikerin aus Güstrow, wird sich dem Thema sozialökologischer Umbau widmen. Peter, Geschäftsführer des Kommunalpolitischen Forums, möchte den Landesverband fit machen für die nächste große Herausforderung, die Kommunalwahl 2024.

Aus Rostock wurden Philipp Leist in den Bundesausschuss und Elke Friedl in die Landesschiedskommission gewählt. Christoph Küsters aus Krakow am See wird



Der neue Landesvorstand

den Landesverband ebenfalls im Bundesausschuss vertreten.

Auch inhaltlich und strukturell will der Landesverband neue Wege gehen. Dazu steht vieles im Leitantrag A1. Er spricht von „existentiellen strategischen Entscheidungen“ für den Landesverband, von neuen Arbeitsweisen und Strukturen, von neuen Ansätzen in der Kommunikation nach außen. Auch der Jugendverband brachte seinen Antrag durch. Eine stärkere Beteiligung der Basis, mehr Transparenz der Vorstandsarbeit und eine bessere Willkommenskultur für Neumitglieder, lauten die wichtigsten Forderungen. Auch in vielen Redebeiträgen wurde betont, wie sehr wir alle daran arbeiten müssen, attraktiv für neue Mitglieder zu sein und alle Genoss\*innen zur aktiven Mitarbeit zu mobilisieren.

Große Bedeutung kommt in den nächsten Jahren der Arbeit der Landesregierung und unserem Anteil an ihr zu. Wir sollten offensiv über unsere Erfolge sprechen, mahnte Dietmar Bartsch. Simone Oldenburg zählte Einiges auf: der Frauentag als Feiertag, die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre, ein kostenloser Ferienhort ab dem Sommer, keine Schulschließungen bis 2030, Aufschub der Zurückzahlung der Coronahilfen durch die Kommunen – diese Dinge stehen bereits auf der Habenseite. Die Fraktionsvorsitzende Jeannine Rösler gab aber zu, dass nicht alle unseren Ideen durchsetzbar seien. Die Fraktion sei noch auf der Suche nach ihrer Funktion in der rot-roten Koalition und wolle eine Partnerin mit eigenständigem Profil werden.

Die Auswertung der Wahlniederlagen sei noch nicht zu Ende, betonten viele Redner\*innen. Es soll dazu auch noch eine

Landesbasiskonferenz im April geben. Wir müssen miteinander reden über den Platz der LINKEN in der Gesellschaft, sagte Dietmar Bartsch. In der Generaldebatte gab es dazu wenig Beiträge. Heinz Schmidt aus Schwerin wetterte gegen das Gendern und die Überbewertung der „bürgerlichen Demokratie“, verlas anschließend ein Kommuniqué der Kubanischen KP zum Ukrainekrieg. Interessanter war schon der Beitrag von Prof. Hans-Dieter Sill (LRO). Er bemängelte die einseitige Schwerpunktsetzung des Leitantrages, denn ihm fehle die Perspektive eines anderen Wirtschafts- und Sozialsystems, sprich demokratischer Sozialismus. Wir sollten Konzepte für

eine nachkapitalistische Gesellschaft ausarbeiten, nicht nur an Transformation denken, sondern auch an revolutionäre Veränderungen. Einwand von Horst Krumpen: Mit 4,9% bei der Bundestagswahl brauche man an Revolution nicht zu denken. Hans-Dieter wird aber weiter in einer Arbeitsgruppe an der marxistischen Grundorientierung unserer Politik arbeiten.

Vor uns allen liegt die Herkulesaufgabe, DIE LINKE aus ihrem Tal zu holen. Der Parteitag zeigte aber, dass wir im Landesverband viele Persönlichkeiten haben, die diesen Kampf aufnehmen wollen. Das macht Mut!

Text: Carsten Penzlin /  
Fotos: DIE LINKE.MV

# LANDESPARTEITAG

## Gedankenabriss anlässlich des Landesparteitages

Nach vier Jahren traten Wenke Brüdgam und Torsten Koplín als Landesvorsitzende nicht wieder an. Auch viele einfache Mitglieder des ehemaligen Landesvorstandes kandidierten nicht wieder, so dass ein Großteil der gewählten Genossinnen und Genossen neu im LV sind. Als neue Landesvorsitzende wurden schließlich Vanessa Müller und Peter Ritter gewählt. Die beiden wollen gemeinsam mit unserer Landespartei die in zwei Jahren stattfindenden Kommunal- und Europawahlen bestmöglich vorbereiten. Besonders erfreulich ist die Wahl von Karen Larisch und Juliane Schmiel in den Landesvorstand. Beide kommen aus dem Landkreis Rostock und repräsentieren dort künftig unseren Kreisverband. Absolut bedauerlich ist die Wahl des Herrn Horst Krumpen zum stellvertretenden Landesvorsitzenden. Der ehemalige Bundeswehrsoldat und frühere FDP-Politiker ist seit Jahren Kreisvorsitzender im Kreisverband Nordwestmecklenburg. In der vergangenen Legislatur wurde er bereits als Mitglied in den Landesvorstand gewählt, war jedoch selten zu konstruktiven Debattenbeiträgen in der Lage. Ein Großteil seiner Wortmeldungen im alten Vorstand war augenscheinlich pathologisch von einer Art Napoleon-Syndrom gekennzeichnet. „Viel reden, um sich selbst in den Mittelpunkt zu rücken“, das schien sein Motto zu sein. Weshalb nun ausgerechnet Torsten Koplín als scheidender Landesvorsitzender für Krumpen eine Fülle halten musste und ihm damit wahrscheinlich den Weg in den geschäftsführenden Landesvorstand geebnet hat (Krumpen wurden mit einer Stimme Mehrheit gewählt), wird sein Geheimnis bleiben. Oft genug hat Krumpen aktiv die Arbeit der beiden Landesvorsitzenden regelrecht sabotiert – einen Grund diesen Herren zu unterstützen, hat Genosse Koplín also nicht. Dass Horst Krumpen nicht an einer konstruktiven Zusammenarbeit mit anderen Genossinnen & Genossen der Partei interessiert ist, zeigt sein Verhalten nur wenige Tage nach der Wahl des neuen Landesvorstandes. Anstatt parteiinterne Dispute

auch parteiintern zu besprechen, rannte er zur Schweriner Volkszeitung mit seinen Beschwerden. Es ist nicht sein erster Totalausfall, aber wir können uns als Partei solche Eigenmächtigkeiten nicht mehr leisten. Sein jahrelanges parteischädigendes Verhalten muss endlich Konsequenzen haben!

Die vor über zwei Jahren begonnene Personalreform der Landespartei ist immer noch nicht abgeschlossen. Auch diesem Thema

wird sich der neue Landesvorstand widmen müssen, wenn unsere Partei langfristig arbeitsfähig bleiben soll. Die Diskussionen darüber, welche Arbeiten ein Geschäftsführer bzw. Regionalmitarbeiter – in unserem Fall Andreas Reinke – leisten soll, sind lange nicht zu Ende. Beispielsweise die Frage, ob ein Regionalmitarbeiter die Umsetzung und Durchführung von Orts- oder Sommerfesten federführend organisiert, wurde zum Beginn unserer Legislatur sowohl vom Vorstand als auch von unserem

Regionalmitarbeiter bejaht. Als die konkreten Situationen jedoch eintraten, wie beispielsweise das Sommerfest vergangenes Jahr in Lambrechtshagen, waren getroffene Absprachen auf einmal gar nicht mehr so klar. Dieses Beispiel ist nur eines von vielen, und längst lassen sich solche Beispiele auch in anderen Kreisverbänden finden. Hier muss dringend Klarheit her, wie die politische und administrative Arbeit der Partei organisiert werden kann. Die Mitarbeiter der Landespartei sind nicht in den Kreisen angestellt, und so muss die Fortsetzung und Umsetzung dieser Reform auf Landesebene in gemeinsamer Absprache mit den Kreisen erfolgen. Dabei dürfen letztlich nicht nur die Rechte von Hauptamtlichen thematisiert werden, sondern endlich auch die Pflichten. Als hauptamtlich bei der Partei angestellter Mitarbeiter wärmt die Partei den Genoss/innen zwar nicht das sprichwörtliche Bett, aber die Partei bezahlt das Bett in dem sie liegen. Es kann nicht sein, dass ehrenamtlich aktive Genoss/innen, die mit ihren Mitgliedsbeiträgen und Spenden hauptamtliches Personal finanzieren, ein Großteil der Arbeit des Hauptamtes machen sollen – und das schreibe ich als jemand, der selber hauptamtlich (zwar nicht direkt bei der Partei, aber als Wahlkreismitarbeiter bei unserem Abgeordneten Michael Noetzel) arbeite. Die Bereitschaft, sich bestmöglich mehr in die Partei einzubringen, muss wieder eine Grundprämisse für hauptamtliche Mitarbeitende sein.

*Nico Burmeister*



## MEHMET TURGUT

**Rede der Präsidentin der Rostocker Bürgerschaft Regine Lück zum 18. Todestag von Mehmet Turgut, 25.02.2022, 15:00 Uhr, Toitenwinkel**

Vor 18 Jahren wurde an diesem Ort Mehmet Turgut kaltblütig vom NSU ermordet. Wir gedenken Mehmet Turgut und treten damit auch dem Vergessen aller NSU-Mordopfer entgegen.

Der Jahrestag der Selbstenttarnung der rechtsterroristischen Gruppe Nationalsozialistischer Untergrund jährte sich im Herbst letzten Jahres zum zehnten Mal. Bei den zehn Morden und drei Sprengstoffanschlägen handelt es sich um die „längste und tödlichste Mordserie durch eine neonazistische Vereinigung in Deutschland nach 1945“ (NSU-Watch 2020, S. 14) und offenbart eine neue Dimension des Rechtsterrorismus in Nachkriegsdeutschland und ein zutiefst beschämendes Versagen von Sicherheitsbehörden.

Die Aufarbeitung der NSU-Verbrechen steht für einen gesellschaftlichen Prozess, bei dem wir lange noch nicht am Ende sind, sondern mittendrin. Wir müssen tagtäglich aufmerksam und wachsam bleiben und die Dimensionen des rechten Terrors erkennen, denn der rechte Terrorist ist nicht ein Sonderling am Rande der Gesellschaft, Rassismus reicht weit in die Gesellschaft hinein.

In Familien, Schulen, Vereinen und im beruflichen und gesellschaftlichen Umfeld darf niemals über fremdenfeindliche, frauenfeindliche oder menschenverachtende Bemerkungen hinweggesehen werden oder überhört werden. Fremdheit, Gleichgültigkeit und Unaufmerksamkeit sind der Nährboden für die Entwicklung von rechten Gesinnungen.

Wenn auch ein Großteil der Aufklärungsgremien in anderen Bundesländern ihre Arbeit bereits abgeschlossen hat, hat der Untersuchungsausschuss in Mecklenburg-Vorpommern seine Arbeit in der vergangenen Legislaturperiode nicht abgeschlossen. Und so hat der neu gewählte Landtag von Mecklenburg-Vorpommern sich mit großer Mehrheit dafür ausgesprochen, die Arbeit des Untersuchungsausschusses weiterzuführen, um rechte Terror-Netzwerke und rechtsextremistische Strukturen weiter im Blick zu haben.

Die Details zu den Taten des Terror-Netzwerkes NSU und seinen Hinterleuten sind noch immer nicht alle ergründet, viele Akten sind noch nicht eingesehen worden und Zeugen wurden noch nicht gehört.

Es ist nach wie vor noch zu klären, ob es mögliche Verbindungen zu Polizei und Verfassungsschutz gibt, warum sich rechts-extreme Gruppen, wie das „Nordkreuz-Netzwerk“ etablieren konnten, warum Hinweisen nicht nachgegangen wurde. Versäumnisse, Fehleinschätzungen müssen aufgearbeitet werden und wir, damit meine ich viele engagierte Bürgerinnen und Bürger dieses Bundeslandes werden die Erkenntnisse dieses Ausschusses kritisch und wachsam begleiten. Wir fordern im Gedenken an alle Opfer rassistischer Gewalt den Untersuchungsausschuss auf, das Versprechen der lückenlosen Aufklärung einzulösen.

Sehr geehrte Damen und Herren, auch in der jüngeren Vergangenheit kam es immer wieder zu rechtsterroristischen Anschlägen in der Bundesrepublik, erinnert sei an



Halle oder Hanau. Aktuell erleben wir gerade bei den Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen, wie Demokratiefeinde die anfangs friedlichen Spaziergänge unterwandern und sie für die Verbreitung ihrer Ideologie und für Parolen nutzen.

Bei aller Toleranz der Verschiedenheit der Menschen und auch der Verschiedenheit ihrer Meinungen, dem rechten Gedankengut müssen wir uns mutig entgegenstellen, es unterbinden und nicht durch Duldung oder Wegsehen verharmlosen. JEDE und JEDER ist mitverantwortlich, JEDE und JEDER kann hinsehen und seinen Beitrag für ein friedliches Zusammenleben leisten. Es ist das Mindeste, das wir gegen die Ururteile, Intoleranz und Gleichgültigkeit tun können.

Ich bin der Meinung, dass jede der im vergangenen Jahr deutschlandweit 1250 rechts motivierten Straftaten gegen Asylbewerber, Flüchtlinge und ihre Unterkünfte

te eine Straftat zu viel ist. „Im Gedenken“ heißt, bei den Opfern inne zu halten, den Opfern Namen, Gesicht und Geschichte zurückzugeben, die Opfer als Menschen in den Blick zu nehmen und sich an ihre Seite und die der Angehörigen zu stellen. Viele Familien der Opfer wurden durch abwertende oder verharmlosende Medienberichterstattung sowie die Arbeit der Sicherheitsbehörden stigmatisiert und erhielten nicht die ihnen zustehende staatliche Unterstützung. Die zahllosen Versäumnisse im Umgang mit dem NSU mahnen uns, wachsam und kritisch die Aufarbeitung zu begleiten. Und so stehen wir hier und heute gemeinsam, Seite an Seite.

Leider kann der Bruder von Mehmet aus gesundheitlichen Gründen heute nicht nach Rostock kommen. Wir wünschen gute Besserung. Wir verurteilen den Mord Mehmet Turgut und fühlen mit denen, die durch seinen Tod und die beschämende Aufarbeitung körperlich und seelisch verletzt wurden.

Abschließend gestatten Sie mir noch einige persönliche Bemerkungen zur Umbenennung dieser Straße in Mehmet-Turgut-Straße. Ich persönlich bedauere es sehr, dass wir, damit meine ich die Hanse- und Universitätsstadt und die Bürgerschaft, dem Wunsch der Familie nach wir vor nicht entsprechen konnten. Nach nochmaligen Versuchen, diese Debatte im Ortsbeirat zu führen, stieß dies auf mehrheitlichen Widerstand. Das bedauere ich außerordentlich, aber salomonisch gesprochen, „steter Tropfen höhlt den Stein“. Wir werden nicht zur Tagesordnung übergehen, sondern weiterhin dranbleiben.

Und eine weitere Bemerkung: Die neue Landesregierung hatte im Koalitionsvertrag aufgenommen, den Untersuchungsausschuss weiter arbeiten zu lassen. Neue Mitglieder des Landtages haben eine konstituierende Sitzung und eine weitere Sitzung durchgeführt. Man hat sich verständigt, neue Themen in die Arbeit aufzunehmen, wie das Wirken von Nordkreuz u. a. rechtsterroristischen Gruppierungen. Dabei soll der NSU-Komplex weiter untersucht werden, vor allem mit dem Schwerpunkt: Netzwerk, das heißt Helfershelfer, Unterstützer und Mitwisser stehen im Focus der Aufarbeitung. Jetzt, am kommenden Montag tagt der Untersuchungsausschuss und ich bin gespannt auf erste Ergebnisse nach der endlich ersten inhaltlichen Debatte.

Danke für Ihr Kommen und lassen Sie uns eine Minute schweigen zur Erinnerung. (es gilt das gesprochene Wort)

## KREISPARTEITAG IM LANDKREIS

Fortsetzung von S. 1

Die Besuche der Basisorganisationen sind ihnen ein wichtiges Anliegen. In ihrem Bericht zur Kreistagsfraktion erläuterte Genn. Karin Schmidt die Arbeit der Fraktion. Obwohl Corona die Arbeit im Kreistag zusätzlich erschwerte, zeichnete sich das Agieren der Mitglieder der Fraktion durch zielorientierte Sacharbeit aus.

### Die Arbeit des Kreisvorstandes der vergangenen zwei Jahre

In seinem Bericht des Kreisvorstandes skizzierte der Kreisvorsitzende Nico Burmeister die vergangenen und gegenwärtigen Probleme, aber auch die Erfolge der Partei.

Der Vorstand beschäftigte sich in einer Vielzahl von Sitzungen mit der Neustrukturierung des Hauptamtes. Da die Zahl der Wahlkreismitarbeiter/innen durch sinkende Wahlergebnisse stark zurückgegangen ist und gleichzeitig die Mittel für einen eigenständigen Kreisgeschäftsführer fehlen, mussten viele Arbeiten umverteilt werden. Genauer gesagt mussten viele der Aufgaben, die vorher im Hauptamt erledigt wurden, nun von ehrenamtlich engagierten Genossinnen und Genossen des Kreisvorstandes übernommen werden. Schnell wurde dabei klar, dass eben nicht nur die hauptamtlich Beschäftigten an ihre Grenzen stoßen, sondern auch das Ehrenamt. Denn unsere ehrenamtlich engagierten Mitglieder sind längst nicht alles Rentner\*innen. Viele des bisherigen Kreisvorstandes standen und stehen mitten im Arbeitsleben. Aber auch diejenigen, die nicht mehr der Lohnarbeit nachgehen müssen, haben Familie, Hobbies, Freunde. Letztlich hat jeder Tag nur 24 Stunden. Die Diskussion darüber, welche Arbeiten ein Geschäftsführer – oder wie es heute heißt „Regionalmitarbeiter“ – zu erfüllen hat, war lang und nicht immer einfach. Und vor allem ist diese Diskussion nach über zwei Jahren noch immer nicht abgeschlossen. Die vor knapp drei Jahren begonnene Personalreform in unserer Landespartei ist offenkundig noch lange nicht beendet. Die Mitarbeiter der Landespartei sind nicht in den Kreisen angestellt und so muss die Fortsetzung und Umsetzung dieser Reform auf Landesebene in gemeinsamer Absprache mit den Kreisen erfolgen. Hier haperte es in den vergangenen Jahren erheblich.

Die Schwerpunkte der politischen Arbeit lagen jedoch in der Vorbereitung und Durchführung der Landratswahlen sowie der Landtags- und Bundestagswahlen. Mit den erreichten Ergebnissen können wir nicht zufrieden sein. Nur mit knapper Not

sind wir, aufgrund dreier erlangter Direktmandate, wieder in den Deutschen Bundestag eingezogen und mit weniger als 10 Prozent haben wir bei der Landtagswahl eine historische Niederlage hinnehmen müssen. Kritisch betrachtet wurden auch die bislang nur sporadisch vorgenommenen Wahlauswertungen. Diese müssen dringend erfolgen, wenn wir zu den Kommunal- und Europawahlen nicht eine erneute Niederlage einstecken wollen.

### Gäste auf dem Parteitag

Als Gäste kamen zum Parteitag alle Kandidierenden für den Landesvorsitz der Partei, namentlich Vanessa Müller, Peter Ritter und Torsten Skott. Alle drei stellten sich und ihre Pläne für die Zukunft vor und warben um Stimmen auf dem Landesparteitag eine Woche später, an dem unter anderem der neue Landesvorstand gewählt werden sollte. Ebenfalls als Gast konnten wir Dr. Cornelia Mannewitz von der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstverweigerer (DFG-VK) begrüßen. In einem Referat erläuterte sie die unterschiedlichen Standpunkte der Friedensbewegung zum Krieg in der Ukraine. Dabei wurde deutlich, dass die Friedensbewegung verschiedenste Sichtweisen auf den Krieg in Osteuropa hat.

Der neue Kreisvorstand spiegelt deutlich eine langsame aber kontinuierliche Erneuerung des Kreisverbandes wieder. Insgesamt vier neue Mitglieder umfasst der jetzige Vorstand, ehemalige Mitglieder kandidierten nicht wieder. Trotzdem arbeiten auch viele erfahrene Genossinnen und Genossen im neuen Vorstand mit. Als alter und neugewählter Kreisvorsitzender freue ich mich auf die Arbeit der kommenden zwei Jahre. Es gilt die Kommunal- und Europawahlen vorzubereiten und den Kreisverband in Bezug auf das Abschmelzen hauptamtlicher Strukturen weiter arbeitsfähig zu machen. Packen wir's an!

### Dem neuen Kreisvorstand gehören an:

Nico Burmeister (Kreisvorsitzender)  
Dr. Kerstin Neuber (stellv. Kreisvorsitzende)  
Dr. Christoph Küsters (stellv. Kreisvorsitzender)  
Heike Müller (Kreisschatzmeisterin)  
Franziska Ehlert  
Susanne Krone  
Karen Larisch  
Gudrun Pach  
Christian Böhme  
Lutz Hänzel  
Robert Heß

Peter Hörnig  
Rodney Price  
Prof. Hans-Dieter Sill

Text: Nico Burmeister / Fotos: Barbara Kirchhainer

\*\*\*

Werte Genoss\*innen, liebe Mitstreiter\*innen, mein Name ist **Christian Böhme**. Ich wurde auf dem Kreisparteitag am 12.03.2022 in den Kreisvorstand DIE LINKE des Landkreises Rostock gewählt.



Ich befinde mich derzeit in meinem 20. unvollendeten Lebensjahr. Seit neun Jahren wohne ich im Landkreis Rostock, in Güstrow seit Januar 2022. Meinen Realschulabschluss habe ich 2020 in der „Regionalen Schule Richard Wossidlo“ in Güstrow abgelegt. Seitdem absolviere ich eine Ausbildung zum staatlich geprüften Sozialassistenten. Diese werde ich aller Voraussicht nach in diesem Jahr beenden. Danach wird es mit meiner weiterführenden Ausbildung zum staatlich anerkannten Erzieher weitergehen. Ich erhoffe mir, dann nach Beendigung meiner Ausbildung zum Erzieher im Jahr 2024 in einer Wohngruppe mit Kindern und Jugendlichen aus prekären Familienlagen zusammen arbeiten zu dürfen. Eine besondere Ehre für mich wird sein, die Zukunft von Kindern und Jugendlichen mit ihnen gemeinsam gestalten zu dürfen und ihren Lebensweg und die Entwicklung ihrer Persönlichkeit eine Zeit lang zu begleiten. Neben meiner Ausbildung mache ich mich gerade mit meinem eigenen Amway-Geschäft selbständig. In die LINKE bin ich mit 14 Jahren eingetreten, und diese Entscheidung bereue ich trotz diverser Meinungen aus Familien und Freundeskreis bis heute nicht. An unserer

Partei gefällt mir besonders das sozialpolitische Konzept.

Nun nach 5 Jahren habe ich mich entschlossen für den Kreisvorstand der Linken für den Landkreis Rostock zu kandidieren. Mein persönlicher Beweggrund diesen Schritt zu wagen, war mein Entschluss mich aktiv am Parteileben vor Ort

einzubringen. Ich möchte in Zukunft im großen Themengebiet Socialmedia aktiv werden und somit meinen Beitrag leisten, die Neumitgliedergewinnung von jungen Menschen attraktiver zu gestalten. Mein großes zweijähriges Ziel im Kreisvorstand ist die Partei socialmediafähig zu machen und einen Plan auszuarbeiten, wie wir es

alle gemeinsam schaffen können, junge Menschen für unsere Partei zu gewinnen. Denn eines ist sicher, unsere Partei muss zukunftsfähig bleiben. Und dies geht nur an der Basis zusammen mit der Jugend. Deswegen mein Motto: Für die Linke, ihre Zukunft und die Jugend!

## KREISPARTEITAG IN ROSTOCK

Eigentlich sollte auf dem Rostocker Kreisparteitag vom 26. März mit der Wahl eines neuen Kreisvorstandes und der Verabschiedung eines Leitantes der Kreisverband fit gemacht werden für den langen Weg bis zur Kommunalwahl 2024. Doch auch aufgrund der krankheitsbedingten Abwesenheit zahlreicher Delegierter und Kandidierender beschloss der Parteitag auf Vorschlag der Kreisvorsitzenden, die Tagesordnung radikal zu kürzen. Eine völlige Absage der Veranstaltung war nicht möglich, da Fristen zur Wahl unserer Mitglieder im Landesauschuss und Delegierten zum Bundesparteitag einzuhalten waren.

Der Co-Kreisvorsitzende Carsten Penzlin referierte kurz zur aktuellen politischen Lage. Der Kampf gegen Aufrüstung und die Suche nach Wegen zu kollektiver Sicherheit in Europa sind eine große Herausforderung für unsere Partei, und auch ein gemeinsamer Nenner für die in der Defensive befindliche LINKE. Die Kosten der gegenwärtigen und künftigen Krisen dürfen nicht

durch die kleinen Leute bezahlt werden – das könnte das neue große Projekt der LINKEN in den nächsten Jahren sein.

Auch in Rostock ist das Geld knapp, wie Eva-Maria Kröger mit Blick auf die Haushaltsverhandlungen in der Bürgerschaft berichten konnte. Bei den Ausgaben müssen wir vor allem die BUGA im Blick behalten. Eva berichtete zudem von der Betreuung der ukrainischen Geflüchteten in Rostock.

Es ist noch nicht absehbar, wann die Corona-Inzidenzen den nächsten Kreisparteitag möglich machen.

*Carsten Penzlin*

### Zum Krieg in der Ukraine – Leserbrief von Wolfgang Schmidt (Schmarl)

Als ich heute Morgen im Radio im Nordmagazin eine junge Ukrainerin hörte, welche seit zehn Jahren in Deutschland wohnt und verständlicherweise um ihre umfangreiche

Verwandtschaft in der Ukraine bangte, war ich sehr betroffen. Sie antwortete auf die Schlussfrage, was sie sich wünscht, schlicht und einfach: ich wünsche mir, wenn ich morgen aufwache, dass ich das alles nur geträumt habe. Meine Frau und ich sind „Kriegskinder“ und wissen, was sie meint. Deswegen rufen wir Putin dazu auf, hören Sie auf mit dem „die Ukraine müsse nun ‚demilitarisiert‘ und ‚entnazifiziert‘“ werden.

Da wir wissen, wie es Kindern im Krieg geht, möchten wir nicht, dass heute Kinder Panzerkolonnen, einschlagende Raketen, explodierende Munitionslager, brennende Flughäfen und auch nicht schießende Flugzeuge und Hubschrauber und Raketen in der Ukraine erleben müssen. 77 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges – in dem Ihr Land die größte Last tragen musste, Herr Putin – sollten **Sie** die „Moral und Ethik“ sowie **Stärke zeigen und den Krieg im Interesse auch Ihres Volkes schnellstens beenden**. Denn Sie töten Menschen, Kinder, Enkel und Säuglinge!

## NEUE UMFRAGEWERTE

### Weg konsequent und geschlossen fortzusetzen

In einer aktuellen Meinungsumfrage sagen 12% der Menschen in M-V, sie würden DIE LINKE wählen, wäre jetzt Landtagswahl. Dazu erklären Vanessa Müller und Peter Ritter, Vorsitzende der LINKEN in Mecklenburg-Vorpommern:

Der Stimmenzuwachs für unsere Partei bei der Sonntagsfrage zur Landtagswahl freut uns. Es wird deutlich, dass der von manchen herbeigeredete oder gewünschte Verlust an Wahrnehmbarkeit unserer Partei eben nicht Realität ist. An dieser Stelle sagen wir unseren Ministerinnen und unserer Fraktion ein herzliches Dankeschön für ihr engagiertes Wirken. Es gilt nun diesen eingeschlagenen Weg konsequent und geschlossen fortzusetzen.

Das Umfrageergebnis zur Bundestagswahl stellt uns natürlich noch nicht zufrieden. Es überdecken hier jedoch die Auseinandersetzungen zwischen der Ampelkoalition und der CDU-Opposition die Möglichkeiten unserer Bundestagsfraktion die eigenen

Akzente stärker an die Wähler\*innen heranzutragen. Hier gilt es unsere Alternativen, z.B. zur Friedenspolitik, zur Situation in Ostdeutschland oder zur Energiepreispolitik noch besser darzustellen. Denn eins wird, gerade in der Debatte zum Bundeshaushalt deutlich: die Ankündigungen der Ampel zu Beginn der Wahlperiode haben mit der Realität nichts zu tun. Ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit ist so nicht zu erwarten. Hier braucht es eine stärkere LINKE. Die Zufriedenheitswerte der befragten Wähler\*innen mit der Arbeit der Landesregierung und der Ministerpräsidentin sind eine Momentaufnahme und können natürlich mit den Werten des Vorjahres nicht verglichen werden. Sehr wohl zeigt sich auch hier, dass die üblichen Befürchtungen, dass eine rot/rote Landesregierung dem Land schadet, offenbar nicht mehrheitsfähig sind.

Die Antworten auf die erfragten Sorgen und Probleme sind zum Teil überraschend. So spielt die Wertekrise, welche seit Monaten die Landespolitik beschäftigt, bei den befragten Wähler\*innen offenbar nur

eine untergeordnete Rolle. Auch die Einschränkungen durch die Corona-Pandemie bestimmen nicht die Problemsicht der Bürger\*innen. Andere Fragen, wie nach der Beschäftigungspolitik oder der Frage nach auskömmlichen Löhnen zeigen da eher die Notwendigkeit des von uns verfolgten Ansatzes „Gute Löhne für gute Arbeit“.

Die Werte auf die Landespolitik geben uns den notwendigen Schub, engagiert für die Umsetzung des Koalitionsvertrages zu streiten und an der weiteren Schärfung unseres Profils zu arbeiten.



## BERICHT VON DER BÜRGERSCHAFTSSITZUNG AM 2. MÄRZ

Andreas Tesche eröffnete die Sitzung, als Vertreter für Regine Lück. Sie ließ ihre Grüße in den heutigen Tagungsort, dem Businessclub des Ostseestadions, ausrichten. Begonnen hat die Sitzung der Bürgerschaft zu Rostock mit einem Dringlichkeitsantrag, welcher interfraktionell die Solidarität mit der Ukraine betont. Der Antrag beinhaltet die Einrichtung eines Sonderbudgets in der Höhe von 500.000 Euro für notwendige Hilfen aufgrund der Flüchtlingsbewegung aus der Ukraine in die Hansestadt.

In der Stellungnahme vom 3. März ließ Sozialsenator Bockhahn der Bürgerschaft mitteilen, dass Rostock derzeit über zwei Flüchtlingsunterkünfte mit mindestens 80 Plätzen verfügt. Es ist außerdem geplant, weitere Unterkünfte bereit zu stellen. Die damit verbundene Klärung der Kostenübernahme durch das Land Mecklenburg-Vorpommern ist in Arbeit. Derzeit gilt es ein Abschiebestopp für Ukrainer.

„Unsere Verwaltung ist gut vorbereitet“, fasste Oberbürgermeister Madsen die Lage zusammen. „Wichtig ist die richtige Koordination von Helfern und Aktionen. Hier können wir auf unsere Erfahrungen aus dem Jahr 2015 zurückgreifen.“ Freiwillige Helfer können sich entweder per Email unter [ukraine@rostock.de](mailto:ukraine@rostock.de) oder telefonisch unter 0381 3817777 melden. Der Antrag wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen. Die benötigten Mittel für die zusätzlichen Aufwendungen der Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge aus der Ukraine werden aus dem Haushalt des Senatsbereiches S 3 (Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule) bereitgestellt.

Im späteren Verlauf der Bürgerschaftssitzung empfiehlt die Bürgerschaft die Auflösung der „Stiftung zur Förderung von Kultur und Theater der Hanse- und Universitätsstadt Rostock“. Das dadurch freigesetzte Stiftungsvermögen wird dann genutzt, um die jetzt anfallenden Kosten auszugleichen. „Dies kann aber einen gewissen Zeitraum dauern, bis die endgültige Bestätigung der Auflösung dieser Stiftung

von der Stiftungsbehörde vorliegen wird“, informierte der Finanzsenator Dr. von Wrycz Rekowski.

### Einwohnerfragestunde

Für die Einwohnerfragestunde hielt Klaus-Jürgen Strupp, der Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Rostock, eine Rede

man machtlos da, wenn ein Industrieunternehmen aus Kostengründen abwandere. Da könne die Bürgerschaft nicht viel tun. Eva-Maria Kröger schlug in ihrem Statement unserer Fraktion vor, dass z.B. kostenloser ÖPNV oder mehr Flächen für Kultur die Innenstadt attraktiver machen könnte. Auch solle man sich Gedanken drüber machen, wie man diese neuen Aufenthaltsräume für die dort lebenden Menschen attraktiver machen kann. Denn eine zukunftsichere Innenstadt sei nicht nur durch Shoppingmeilen und Gastronomie am Leben zu erhalten. Für ein Zukunftskonzept wäre es eine gute Idee die Politik und Kultur, aber auch Wohnungswirtschaft und den Einzelhandel an einen Tisch zu bringen, um so, gestützt durch eine moderne Mobilität, die Stadt von Morgen zu schaffen.

### Personalwechsel unserer Partei

Der Ortsbeirat Lichtenhagen bekommt zwei neue Genossen. Monika Schmidt hat ihr Mandat niedergelegt. Für sie tritt nun Petra Borchert an. Genosse Michael Kluge verstarb letztes Jahr im August, auf ihn folgt nun Manfred Bunge.

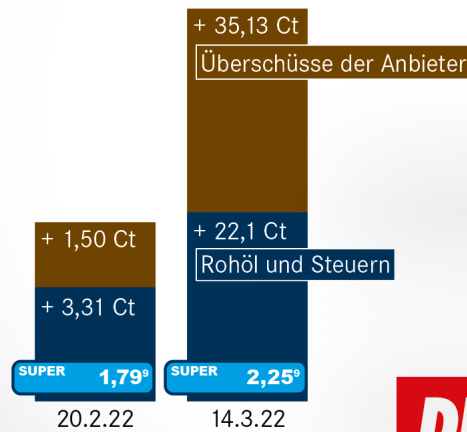
Lisa Kranig wurde zur zweiten stv. Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses sowie zur zweiten stv. Vorsitzenden des Unterausschusses der Jugendhilfeplanung der Hansestadt gewählt. Wir wünschen unseren Genoss\*innen viel Kraft und einen kühlen Kopf in ihrer neuen Position.

### 750m Radweg in der Langen Straße

Der große Diskussionspunkt am Abend war die Umgestaltung der Langen Straße zur Fahrradstraße. Daniel Peters von der CDU/UFR-Fraktion sprach sich mit dem Antrag 2987 für eine Aussetzung des Modellversuches aus. In seiner Argumentation befürchtete er, dass durch den Umbau mehr Verkehr in der Langen Straße entstehen könnte. Und dass das Modellprojekt schädlich für die Anwohner und Gewerbetreibenden sei.

Er bat IHK-Präsident Klaus Jürgen Strupp um eine Stellungnahme. Sein Rederecht wurde durch eine anschließende Abstim-

## So zocken die Ölkonzerne ab!



**DIE LINKE.**

zur aktuellen Situation der Wirtschaft. Wie immer gibt es Anlass zur Sorge. Die Coronapandemie hat die innerstädtische Lage in Gefahr gebracht. Denn die Händler sehen sich einem ständig wachsenden Onlinehandel gegenüber. Auch haben die hohen Rohstoff- und Energiekosten und der Mangel an Personal (hervorgerufen durch die unterdurchschnittliche Bezahlung) ihr übriges für die Standorte in der Stadt getan. Herr Strupp warf der Stadt, speziell der Verwaltung vor, dass sie sich nicht um die Probleme kümmere und dass es, trotz Rostock Business, keinen Ansprechpartner, wie z.B. einen Senator gäbe. Dieser Zustand sei frustrierend, so Strupp weiter. Er bat die anwesende Bürgerschaft um mehr Hilfe für die Wirtschaft in der Hansestadt.

Der OB wies in seiner Antwort als oberster Verwaltungschef darauf hin, dass die Stadt wenig machen könne gegen die hohen Rohstoff- und Energiekosten. Auch stehe



mung der Bürgerschaft erteilt. Strupp habe intensiv mit Gewerbetreibenden gesprochen und sei zu dem Schluss gekommen, dass durch das Modellprojekt mehr Gefahren für Fahrradfahrer entstehen könnten. Des Weiteren seien Kunden von außerhalb auf gut zu erreichende Parkplätze angewiesen, da diese keinen ÖPNV nutzen würden. Grundlegend findet er aber Fahrradstraßen gut und schlägt deshalb eine solche für die Ulmenstraße als Pilotprojekt vor.

Robert Kröger sprach zuerst für unsere Fraktion und wies darauf hin, dass Menschen motiviert werden müssten, um auf das Fahrrad umzusteigen. Auch ergänzte er, dass Modellprojekte dafür da seien um Dinge auszuprobieren. Der Argumentation, dass Besucher von außerhalb keinen ÖPNV nutzen, konnte er nicht folgen. Seine Erfahrungen seien andere. Er wies nochmal darauf hin, dass immer gefordert wird, dass die Verwaltung entschlossen handeln soll, aber wenn sie es tut, würden Anträge gemacht um dieses Handeln zu verhindern.

Eva-Maria Kröger ergänzte mir ihrer persönlichen Meinung, dass das Projekt Fahrradstraße ein populistisches Modell sei, weil dieses Modell an dieser Stelle den Radverkehr in der Stadt nicht fördert. Auch würde dadurch nicht der massive Investitionsstau beim Radwegeausbau in der Hansestadt reduziert. Sie wies zu Recht darauf

hin, dass die Bürgerschaft die Entwicklung dieses Modellprojekts Fahrradstraße nicht beschlossen hat. Denn dies war allein eine Idee der Verwaltung. Dass dieses Projekt zur Abstimmung in die Bürgerschaft getragen wurde und sie nun darüber debattieren müssten, mache dies nun ironischerweise zum Thema der Bürgerschaft. Daher forderte sie, dass wenn das Modellprojekt Fahrradstraße die Erwartungen nicht erfülle und es mehr Probleme als Vorteile habe, soll dieses auch sofort abgebrochen werden.

OB Madsen sprach für die Verwaltung und bestätigte Eva-Maria. Es sei ein Versuch und dieser bringe Erkenntnis. „Wir sollten versuchen dies als Erkenntnischance zu sehen“, so Madsen weiter. „Und natürlich werden wir auf Probleme sofort reagieren.“ Für ihn ginge es darum, Denkmuster der Rostocker zu verändern und so auch eine Verkehrswende zu ermöglichen. Zusammenfassend kann man sagen, dass keine Fraktion der Bürgerschaft glücklich mit dem Modellversuch ist. Zu viel Platz wird verschenkt, und viele sehen dies als ein halbherziges und ohne Bürgerbeteiligung durchgeführtes Projekt an. Nichtsdestotrotz wurde der Antrag von CDU/UFR abgelehnt und der Modellversuch Lange Straße Fahrradstraße kann durchgeführt werden.

*Martin Raspe*

# LYRIK

**Mobbing** (von Janina Niemann-Rich)

Macht der Angst  
Klammergriff-gelähmtes Ich  
Wehr Dich!

**Wegweiser** (von Janina Niemann-Rich)

Schließe nicht Türen  
die Offenheit erfordern  
öffne nicht Türen  
durch die du nicht gehen kannst

**Bei näherer Betrachtung**

(von Jürgen Riedel)

Politiker sind nicht demokratisch  
klecksen sie grelle Feindbilder  
Demokratie malt  
ohne schreiende Farben  
politischer Aggressivität

**Name der Hölle** (von Jürgen Riedel)

Verbrechen ist international  
nur eines nicht  
deutsches Verbrechen  
heißt Auschwitz

## ◀ NACHRUUF

### Jürgen Wegner

\* 01.01.1942 + 13.01.2022

Kurz nach seinem 80. Geburtstag hat ein tragischer Verkehrsunfall unseren Jürgen Wegner aus dem aktiven Leben gerissen.

Seit frühester Jugend richtet er seine Ideale auf gesellschaftlich notwendige und aktuell politische Veränderungen und setzte sich als Lehrer an der Schwaaner Schule für ein hohes Niveau in der Bildungs- und Erziehungsarbeit ein. Ab 1984 leitete er die Station junger Techniker und Naturforscher in Vorbeck. Hier konnten die Schulkinder aus dem Kreisgebiet Lehrreiches aus Natur, Umwelt und Technik erfahren und vermittelt bekommen.

In der Vorstandsarbeit orientierte er auf bürgernahe, wirksame Öffentlichkeitsarbeit unserer Partei. Seine Erfahrungen brachte Jürgen in die Arbeit des Kreisverbandes unserer Partei ein.

Seine Mitwirkung in der Schwaaner Stadtvertretung galt der Verbesserung der Lebensbedingungen. Sorgen und Nöte der Bürger fanden immer sein Gehör, die er

in der Ausschussarbeit zur Lösung einbrachte. Jürgen setzte sich sehr stark für die Entstehung und Durchsetzung des Campus der Generationen an der Prof. Franz Bunke-Schule ein.

Wesentlichen Anteil hatte er an der Planung und Erstellung der Touristikbroschüre für die Stadt Schwaan und Umgebung mit den Sehenswürdigkeiten und dem Verzeichnis der Wanderwege. Seine Mitarbeit bei der Gestaltung und Durchführung der Kindertage war stets beispielgebend.

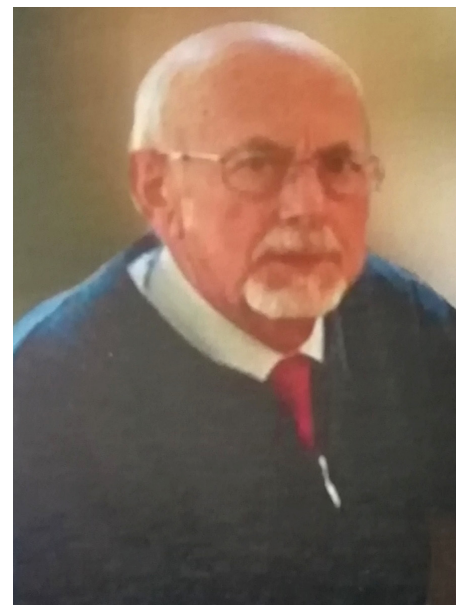
Unser tief empfundenes Beileid gilt seinen Angehörigen, vor allem seiner Ehefrau Elke und seinen Kindern.

Jürgen, wir vermissen Dich sehr!

Mit stillem Gruß

Nico Burmeister  
Vorsitzender Kreisverband DIE LINKE.  
Landkreis Rostock

Mitglieder und Sympathisant\*innen  
Basisorganisation  
DIE LINKE.Amt Schwaan



# UKRAINEKRIEG UND FRIEDENSBEWEGUNG - BEOBACHTUNGEN

Vorab: Auch die Friedensbewegung hat die militärische Intervention Russlands in die Ukraine nicht vorhergesehen. Man wusste natürlich von der NATO-Osterweiterung und der durch sie entstandenen geopolitischen Lage. Bekannt war auch die Situation der sogenannten Volksrepubliken im Osten der Ukraine. Aber dass Lösungen auf diese Weise gesucht werden würden, konnte sich wohl niemand vorstellen. Krieg ist keine Lösung!, sagt die Friedensbewegung.

Das ist aber auch schon das Einzige, worin man sich einig ist. Darüber hinaus gibt es unterschiedliche Meinungen. Den Unterschieden scheint vor allem zweierlei zugrunde zu liegen: erstens die jeweilige Haltung zu Russland, zweitens Umfang und Tiefe des Wissens über die Ukraine.

Zwei extreme Teil-Weltanschauungen resultieren daraus, und zwischen diesen laviert auch die Friedensbewegung: a) Russland ist eingekreist, wer Frieden will, ist Putin-Versteher und die Ukraine ist ein halbfaschistischer Staat; b) die Ukraine ist unschuldig und immer friedlich, Russland ist ein Aggressorstaat (das erklärte das ukrainische Parlament übrigens schon 2015) und alles Ukrainische wurde von Russland immer unterdrückt. Nichts davon ist in dieser Absolutheit richtig:

\*Festgehalten werden muss, dass Russland ein kapitalistisches Land ist und genau wie andere kapitalistische Länder seine ökonomischen und geostrategischen Interessen verfolgt. Es ist nicht sachgerecht, positive Gefühle, die man der Sowjetunion gegenüber hegt, auf Russland zu projizieren. Putins Rede zur Anerkennung der Volksrepubliken musste aufhorchen lassen: Er bezeichnete es als historischen Fehler Lenins, der Ukraine einen eigenen Staat gegeben zu haben. Damit hat Putin die Errungenschaften der Sowjetunion infrage gestellt. Er will also nicht die Sowjetunion zurück, wie ihm in Kommentaren deutscher Medien manchmal nachgesagt wird, sondern womöglich die imperiale Größe des vorrevolutionären Russland.

\*In der ukrainischen Regierung und auch im Parlament gibt es seit Jahren keine rechtsradikalen Parteien mehr. Allerdings funktioniert die Abgrenzung zur Rechten unter den Bedingungen des in der Ukraine weit verbreiteten Nationalismus nicht immer.

\*Ein Verbot der ukrainischen Kultur und Sprache gab es zeitweise im zaristischen Russland des 19. Jahrhunderts; im 20. Jahrhundert waren sie nie verboten, ihr

Status änderte sich aber über die Jahrzehnte, entsprechend den Wechseln in der sowjetischen Nationalitätenpolitik.

\*Fakt ist jedoch auch, dass die Ukraine das Minsker Abkommen bis jetzt nicht erfüllt, mit massiven Folgen für die Bewohner\_innen der Volksrepubliken: Dort wird seit acht Jahren hin und her geschossen, ukrainische Sozialleistungen kommen nicht an, viele Menschen sind staatenlos.

\*Beide Seiten nutzen die Kriegssituation für die Abrechnung mit politischen Gegnern: Russland verfolgt Antikriegsdemonstrant\_innen, die Ukraine verbietet Oppositionsparteien. Beide stellen sich propagandistisch in die ganz großen historischen Zusammenhänge, kämpfen sozusagen einen Schicksalskampf: Putin spricht von Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine, wie nach dem Zweiten Weltkrieg die Alliierten bezüglich Deutschlands. Selenskyj fordert Bundeskanzler Scholz auf,



die Mauer zwischen Freiheit und Unfreiheit in Europa einzureißen, wie 1987 Reagan in Westberlin („Mr. Gorbachev, tear down this wall!“). Solche Dinge gehören zur Begleitmusik des Krieges, lassen aber für die Qualität eines zukünftigen Friedens nichts Gutes erwarten.

### Was kritisiert die Friedensbewegung?

\*Sanktionen, von wirtschaftlichen bis hin zu Sport und Kunst. Darüber gibt es verschiedene Meinungen. Für Sanktionen spricht, dass sie schnell wirken. Gegen Sanktionen spricht, dass sie meist die Falschen treffen. Auch verhindern Sanktionen gegen Sportler\_innen und Kunstschaffende den Dialog, den man für Frieden braucht. Deshalb hat sogar im Kalten Krieg auf diesen Gebieten immer Austausch stattgefunden. Wenn man potenzielle Partner nicht vollständig isolieren will, bleibt am Ende doch nur die Alternative:

Verhandlungen.

\*die Aufrüstung, die nun endlich durchsetzbar zu sein scheint: Auf einmal sind 100 zusätzliche Milliarden da und das 2%-Ziel der NATO soll sogar übertroffen werden. Und natürlich besorgt uns in MV, dass die hier stationierte Militärmaschinerie auch schon wieder nahe an die Krisengebiete, in die Ostsee und ins Baltikum, ausgerückt ist.

\*Rassismus im Umgang mit Flüchtlingen. Ukrainer\_innen bekommen jegliche Unterstützung, Flüchtlinge aus anderen Weltgegenden und mit nichtweißer Hautfarbe werden dagegen weit weniger willkommen geheißen, eher noch abgewehrt.

### Was tut die Friedensbewegung?

\*Sie organisiert Demonstrationen und andere Aktionen. Dabei muss sie übrigens aufpassen, dass sie sich nicht von nationalistischen Ukraine-Sympathisant\_innen vereinnahmen lässt. Erfahrungen besagen, dass diese die Friedensdemonstrationen als Solidaritätsveranstaltungen für die ukrainische Armee auffassen, nicht als Appelle an alle Kriegführenden. Bei manchen Aktionen waren faschismusrelativierende Plakate zu sehen, auf denen Putin mit Hitler verglichen wurde. Allerdings gibt es da noch keinen Konsens. Auch Teile der Friedensbewegung fordern Waffenlieferungen. Auf den dezentralen Friedensdemos am 13. März in verschiedenen deutschen Städten hat die inhaltliche Organisation aber wohl schon ganz gut geklappt.

\*Sie versucht, der Antikriegsbewegung in Russland und der Ukraine zu helfen. Das ist jedoch schwer. Kriegsdienstverweigerung ist kaum möglich. In der Ukraine herrscht außerdem allgemeine Mobilmachung. Protestierende bekommen den Repressionsapparat zu spüren, besonders in Russland. Viele Friedensbewegte vermeiden es im Moment, zu offen Hilfe anzubieten, damit ihre Partner in Russland und der Ukraine nicht wegen unliebsamer Auslandskontakte auffallen. Die Suche nach tauglichen Mitteln der Unterstützung geht aber weiter.

Wichtig ist in jedem Fall, Wissen über beide Länder zu verbreiten, Desinformation entgegenzutreten, Haltungen immer wieder an der Realität zu überprüfen und weiterhin wachsam zu sein. Dafür braucht die Friedensbewegung die Mitarbeit aller, die gegen den Krieg sind. Wann, wenn nicht jetzt?

*Cornelia Mannewitz,  
Rostocker Friedensbündnis*

## BERTHA VON SUTTNER - EINE AUSSERGEWÖHNLICHE FRAU

In Rostock trägt der Bertha von Suttner-Ring ihren Namen. Ein 2-Euro-Geldstück trägt ihr Profil. Mehrere Hochschulen und etwa 20 Schulen in Deutschland tragen ihren Namen. Briefmarken der DDR und der BRD zeigen ihr Konterfei.

Bertha von Suttner wurde 1843 als Gräfin Kinsky von Wechnitz und Trettau in Prag geboren. Sie gehörte dem böhmischen Adel einer Generalsfamilie an. Ihre Kindheit und Jugend verlebte sie standesgemäß: sie erlernte mehrere Sprachen: englisch, französisch, italienisch, russisch und erhielt eine Gesangsausbildung.

Nach dem frühen Tod ihres Vaters, zog sie mit ihrer Mutter nach Österreich und wurde dort in die Adelsgesellschaft aufgenommen. Das bedeutete zum Beispiel, dass sie zu den Wiener Hofbällen eingeladen wurde. Dort soll sie auch dem Kaiser vorgestellt worden sein.

Sie beschäftigte sich mit den Geistesgrößen ihrer Zeit, kannte die Werke von Darwin, Schopenhauer, Feuerbach, Humboldt, Goethe und Schiller. Mit ihrer Mutter besuchte sie mehrere berühmte Bäder, so auch Wiesbaden. Allerdings suchte ihre Mutter dort auch Spielstätten auf und statt die erhofften Millionen zu gewinnen, verlor sie ihr Vermögen. Künftig lebten sie nur von einer kleinen Apanage (Rente).

Die Versuche, durch Verlobungen Bertha in reiche Familien einzuheiraten scheiterten - Bertha wollte reichen alten Männern nicht ihr Ja-Wort geben, ein anderer verliebte sie. So sah sich Bertha gezwungen eine Arbeit zu suchen. Diese fand sie 1873 als Gouvernante der vier Töchter des Industriellen Freiherr Karl von Suttner in Wien.

Dort verliebte sie sich in den sieben Jahre jüngeren Sohn Artur. Als nach drei Jahren das heimliche Liebesverhältnis entdeckt wurde, musste sie Wien verlassen. Alfred Nobel suchte eine sprachbegabte Privatsekretärin. Als sie diese Stelle in Paris angetreten hatte, entwickelte sich schnell ein freundschaftliches Verhältnis. Von seiner Seite aus, wäre auch eine Heirat denkbar gewesen. Als Nobel nach Schweden gerufen wurde, ging sie zurück nach Wien, wo sie Artur heimlich heiratete.

Mit ihm, der enterbt worden war, gingen sie nach Georgien zu einer Freundin ihrer Mutter. Ihre Hoffnung eine Stellung am Zarenhof zu bekommen, scheiterte. So mussten sie sich mit Artikelschreiben und literarischen Arbeiten notdürftig ihren Lebensunterhalt verdienen. Bertha nutzte ein Pseudonym, weil es sich „nicht gehörte“,

dass eine Frau sich literarisch betätigte. Eine Zeit lang erteilte sie Gesangsunterricht, bis ein Krieg zwischen Russland und der Türkei dies verhinderte.

Ein Schlüsselerelebnis wurde für Bertha der Bericht eines bekannten Arztes, der im Krieg zur Versorgung der Verwundeten bei den Kämpfen eingesetzt war. Er berichtete, dass nach dem Gemetzel der Schlachten gar nicht alle Verwundeten versorgt werden konnten, so dass sie unter unsagbaren Schmerzen verbluteten und dahinsiechten. Das Wort Schlachtfeld verband sie mit dem Wort Abschlachten. „Wer die Opfer nicht schreien hören, nicht zucken sehen kann, dem es aber sobald außer Seh- und Hörweite gleichgültig ist, dass es schreit und zuckt - der hat wohl Nerven aber - ein Herz hat er nicht.“



Sie stellte die Frage, **ob es nötig sei, erst Hunderte von Dörfern niederzubrennen und das Leben der Menschen zu vernichten, wenn man danach doch zu einer Konferenz zusammen kommen muss, um Friedensverhandlungen durchzuführen.**

Nach neun Jahren kehrten sie nach Wien zurück. Sie setzte ihre schriftstellerische Arbeit fort und wurde mit dem Werk „Die Waffen nieder“ das in mindestens 12 Sprachen übersetzt wurde und in 37 Auflagen erschien, weltberühmt. Es wurde das am weitesten verbreitete Buch des 19. Jahrhunderts.

Leo Tolstoi schrieb an sie: „Ihr großartiges Buch hat eine große Wirkung hervor-

gebracht, indem es die Schrecken des Krieges verbreitete...Der Abschaffung der Sklaverei war das berühmte Werk einer Frau Becher-Stowe ‚Onkel Toms Hütte‘ vorgegangen. Möge Gott es so fügen, dass die Abschaffung des Krieges ihrem Werk folgt.“

Sie machte Front gegen die Vorstellung vom Heldentod, der in der Presse und in vielen Gemälden als großartige Tat dargestellt wurde. Sie schrieb: „In Technik, Kunst und Wissenschaft überall winken dem Ehrgeiz schönere Ziele als auf dem Schlachtfeld.“ Sie ließ sich auch nicht davon abschrecken, dass sie als „komische Person“, weibisch und verächtlich als „Friedensbertha“ bezeichnet wurde.

Bertha von Suttner erfuhr, dass in den USA, England, Schweden und weiteren kleinere Friedensgesellschaften entstanden waren, die aber nicht vernetzt von nur geringem Einfluss blieben. Deren Forderungen ein internationales Schiedsgericht zu schaffen, begeisterte sie.

Sie beteiligte sich an der Weltfriedenskonferenz 1907 in München, und anderen Konferenzen, absolvierte Vortragsreihen in Europa, so auch in Deutschland und in den USA. Bei ihrer Reisen in die USA wurde sie von Präsident Roosevelt empfangen. Sie wurde Begründerin der österreichischen (1891), gemeinsam mit Karl Hermann Fried der Deutschen (1892) und der Ungarischen (1895) Friedensgesellschaft. Sie prangerte den Antisemitismus an und wurde eine Organisatorin der internationalen Frauenbewegung.

Bertha von Suttner hielt Kontakt mit Alfred Nobel. Er unterstützte sie mit einer größeren Summe Geldes für ihre Friedensarbeit. Nobel war sich bewusst, dass die Erfindung des Dynamits nicht nur half, Sprengungen für Bauwerke und anderes zu bewirken, sondern auch für Kriegszwecke eingesetzt werden kann. Daher wollte er einen verheerenden Stoff erfinden, der es unmöglich macht, ihn für Kriege einzusetzen. Bertha von Suttner machte ihm den Vorschlag, sein Vermögen für einen Nobelpreis zu stiften, der für „denjenigen oder diejenige“ eingesetzt wird, „welche sich am besten für die Verbrüderung der Menschheit, die Herabminderung der Heere und die Förderung von Friedenskongressen gewirkt hat“. Sie wurde dann gegen anfänglichen Widerspruch des Komitees die erste Frau die diesen Nobelpreis erhielt.

*Fortsetzung auf der nächsten Seite*

## BERTHA VON SUTTNER

Fortsetzung von S. 11

Ihre Sorge galt der immer stärker werdenden Aufrüstung. Ihre Hoffnung bei der 2. Haager Konferenz 1907 zu einem Abrüstungsbeschluss zu kommen, erfüllte sich nicht. Lediglich die Haager Landkriegsordnung wurde beschlossen, die besagt, dass Zivilbürger, und Kunstgüter bei Kriegen zu schonen seien und Kriegsgefangene ärztlich behandelt werden sollen. Diese ist bis heute gültig.

Gegen Ende ihres Lebens wurde ihr bewusst, dass Appelle an die Adligen und Regierenden nicht genügen und hoffte auf die Kraft der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Ihre Sympathie galt Rosa Luxemburg, die zu der Zeit im Gefängnis saß. Aber auch die SPD verhinderte den Ausbruch des Krieges nicht. Daher kann ihre Voraussage als heilsichtig bezeichnet werden: „der nächste Krieg wird von einer Furchtbarkeit sein, wie keiner seiner Vorgänger.“ Und obwohl das Flugwesen noch in den Anfängen steckte, warnte sie, dass damit neue schreckliche Möglichkeiten der Kriegführung entstehen.

Ihr Hauptanliegen sah sie darin Konflikte mit friedlichen Mitteln durch Schiedsge-

richte beizulegen, durch eine Friedensunion aller Staaten jeden Angriff eines Staates gegen einen anderen mit gemeinsamer Kraft zurückzuweisen und einen internationalen Gerichtshof zu schaffen, der im Namen der Völker Recht vertritt.

Bertha von Suttner verstarb am 21. Jun 1914 kurz vor Ausbruch des I. Weltkrieges. Ihre letzten Worte waren: „Die Waffen nieder. Sagt es allen!“ Ihre Anliegen sind heute aktueller, denn je zuvor.

Die Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinte Kriegsdienstgegner beruft sich auf ihr Erbe. Sie hat eine Bertha von Suttner-Stiftung eingerichtet, die wissenschaftliche Studien und Friedensarbeit unterstützt. Noch wichtiger sind Aktionen der Friedensbewegung in der Gegenwart zur Abschaffung der Atomwaffen, zur Verhinderung des Einsatzes bewaffneter Drohnen und neuartiger verheerender Kriegswaffen. Sie kämpft um Abrüstung und Verhinderung von Kriegen durch

diplomatische Schritte. Diese sind alternativlos, da Kriege keine Probleme lösen, sondern sie verschärfen.

Johanna Jawinsky



## HERAUSFORDERNDE AUSSTELLUNG - EIN GEMEINSCHAFTSWERK

Als im Rostocker Rathaus-Foyer am 14. März die Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland“ eröffnet wurde, war dies das Ergebnis des Zusammenwirkens verschiedener demokratischer Kräfte. Die Erarbeitung der Ausstellung ist der Redaktion der Bundeskommission Neofaschismus der VVN-BdA zu verdanken.

Durch den ver.di-Arbeitskreis Antirassismus/Antifaschismus wurde der Erwerb der Ausstellung durch den gewerkschaftlichen Landesbezirk ver.di-Nord angeregt. Daraufhin setzte sich der ver.di-Bezirkssenioren-ausschuss Rostock für das Zeigen der Ausstellung in der Stadt ein. Schließlich erfolgte Anmeldung und Installation der Exposition durch die AG Senior\*innenpolitik der Partei DIE LINKE.

Zur Eröffnung entbot unsere Genossin Regine Lück, Präsidentin der Rostocker Bürger-

schaft, ein Grußwort den Teilnehmern, darunter Mitglieder des DGB und der Gewerkschaft ver.di, Vertreter demokratischer Parteien und Wohlfahrtsverbänden, sowie nicht zuletzt Kamerad\*innen der VVN-BdA. Regine unterstrich dabei die Aktualität der Ausstellung und ihre Bedeutung für un-

sere Stadt, die in diesem Jahr des faschistischen Pogroms in Lichtenhagen vor 30 Jahren gedenkt.

Mit Dr. Axel Holz war einer der Bundessprecher der VVN-BdA nach Rostock angereist und nahm eine kurze Einführung in die Ausstellung vor. Sie stützt sich bei ihrer Darstellung des Neofaschismus vor allem auf Foto-Dokumente, ergänzt durch kurze Texte aus historischen Quellen. Dem Betrachter bietet sich ein kompakter Überblick über Aktionen, Denken und Strategien neofaschistischer Kräfte sowie zur Rolle der AfD in diesem Spektrum, weshalb selbst das Bundesamt für Verfassungsschutz tätig werden musste. Die Ausstellung liefert einen Beitrag zur politischen Bildung indem sie konkrete Erscheinungsformen von Rassismus, Antisemitismus und Demokratiefeindlichkeit aufzeigt



und Beispiele von Gewaltverherrlichung, Militarismus und falscher sozialer Versprechen illustriert.

Der akzeptable Rahmen für die Ausstellungseröffnung wäre nicht möglich gewesen ohne die Unterstützung und Teilnahme der Mitglieder unseres Kreisverbandes, namentlich der Stadtteilverbände Südstadt und Nordost.

Nach der Eröffnungsveranstaltung äußerte sich eine Vertreterin aus dem Kreise der Gewerkschaftsseniorinnen mir gegenüber beim Abschied: „Das war ein glücklicher Tag.“ Das sehe ich ähnlich, auch wenn beim Verlassen des Rathauses nicht zu übersehen war, dass sich zahlreiche Corona-Protest-Demo-Teilnehmer auf dem Marktplatz sammelten. Neben berechtigter Kritik war hier auch die Ablehnung demokratischer Institutionen und ihrer gewählten Vertreter zu vernehmen, wie als Bestätigung der in der Ausstellung dokumentierten Verbindung zwischen „Querdenkern“ und Rechtsextremen.

Durch die Pressestelle wurden TV Rostock und Radio Lohro auf die bis zum 25. März laufende Ausstellung aufmerksam und widmeten ihr Beiträge in ihren Nachrichten.

Mancher Rathaus-Besucher verlässt die Ausstellung nicht nur nachdenklich, sondern ergriffen und erschüttert, nachdem er einen Eindruck von der internationalen Vernetzung, der medialen Aufstellung und breiten digitalen Präsenz der extremen Rechten gewonnen hat. Diese Einsichten weiterzuvermitteln, kann helfen, zu einer breiteren antifaschistischen Bewegung in Deutschland zu kommen. Ein Ziel sollte sein, die AfD aus den Parlamenten zu vertreiben und ihr damit nicht nur eine Bühne für ihre Hetze zu nehmen, sondern auch ihre Finanzierung aus Steuergeldern zu beenden.

*Klaus Röber*

*Sprecher Arbeitsgemeinschaft  
Senior\*innenpolitik*

**Ausstellungseröffnung „Neofaschismus in Deutschland“, Rede der Präsidentin der Rostocker Bürgerschaft, 14.03.2022, 17:00 Uhr, Rathaus Foyer**

Als Präsidentin der Rostocker Bürgerschaft möchte ich die hier im Rathaus gezeigte Ausstellung von der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ eröffnen mit den Worten aus dem Schwur von Buchenwald von 1945, ich zitiere: „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“ Dafür ist die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes vor 75 Jahren gegründet worden und mit Engagement und Einsatz für den Frieden angetreten, denn „Antifaschismus bleibt unverzichtbar“ und

die Vereinigung erinnert mit den verschiedensten Aktionen und Ausstellungen an Nazi-Terror und Widerstand.

Gerade heute und hier, wo nur ca. 1000 km von uns entfernt am 24. Februar ein weiterer Krieg, 76 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges, begonnen wurde, bedeutet jetzt viel Leid und Krieg in Europa - 2,7 Millionen Geflüchtete. Die Bürgerschaft der Hanse- und Universitätsstadt verurteilt diesen Krieg. Unsere Gedanken sind besonders bei der Zivilbevölkerung. Bisher sind ca. 1.100 Geflüchtete in unserer Stadt angekommen. Leider lässt sich die Zahl nicht exakt bestimmen, denn wer sich nicht registriert, ist nicht erfasst. Viele haben Angst, weil sie glauben, dadurch in ein Asylverfahren zu kommen. Das ist aber falsch, das möchte ich ausdrücklich sagen. Der Aufenthalt wird nach §24 des Aufenthaltsgesetzes gestattet. Damit gibt es alle Sozialleistungen, aber kein Asylverfahren.

Rostock hat die Aufgabe der Erstaufnahme übernommen für das Land. Mit dem interfraktionellen Antrag hat die Bürgerschaft die Grundlagen für Hilfe und Unterstützung der Geflüchteten für Unterkunft und Schutz gelegt. Darüber bin ich sehr froh! Persönlich halte ich es aber auch für wichtig zu betonen, dass gerade Deutschland historisch eine besondere Verantwortung hat, dafür Sorge zu tragen, dass es in Europa nicht zu einem noch größeren Krieg kommt.

Ich bin sehr beunruhigt, wenn dieser Krieg noch mit angekündigten Militärübungen der NATO angeheizt wird. 30 000 Soldaten aus 26 Staaten werden schnelle Kampfhandlungen erproben. Die Bundesrepublik dient bei derartigen Manövern als Drehscheibe für schweres Militärgerät und Truppen. Solange die BRD die militärische Präsenz der USA mitträgt und sich an militärischen Projekten so exponiert beteiligt, wird Deutschland keine ernstzunehmende Vermittlungsposition einnehmen können. Die laut Koalitionsvertrag „abrüstungspolitische Offensive“ ist nicht in Sicht. Das Festhalten am 2%-Ziel der NATO (des BIP) für Militärausgaben heißt: jährlich kommen zu den geplanten 50 Milliarden EURO noch einmal 25 Milliarden EURO für Rüstung dazu! Nur Demilitarisierung und Beendigung des Rüstungsstandortes Deutschland kann die Antwort sein. Bis dahin muss noch ein weiterer Weg gegangen werden!

Nun aber zur Ausstellung: Diese Ausstellung informiert uns über die Ideologien und die Ausbreitung rassistischen, nationalistischen und militaristischen Denkens und Handelns. Seit 1990 hat es bereits über 187 Todesopfer von neofaschistischer Gewalt in der Bundesrepublik gegeben, weil sie als Fremde oder Andersdenkende gehasst wurden und werden. Die Ausstellung vergleicht die Ereignisse mit denen aus der

Nazi-Zeit, forscht nach den Gründen von heute und damals und will wachrütteln, damit diese Bilder nicht zum deutschen Alltag werden.

Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus sind keine Randerscheinungen, dazu ist jedes Todesopfer von rassistischer Gewalt ein Opfer zu viel. Der heutige Neofaschismus unterscheidet sich nicht in den Zielen, Methoden oder gar Auswirkungen vom historischen Vorbild. Menschen mit anderer Herkunft, anderem Aussehen oder Glaubens werden angegriffen, bespuckt, geschlagen und sogar ermordet hier und heute in Deutschland. Wenn wir nicht aufpassen und unsere Kultur verfällt, ethische Standards zerstört werden sowie freiheitliche Errungenschaften immer mehr eingeschränkt werden, kommt es zur politischen Verrohung. Wir müssen uns dessen bewusst sein, dass dies jederzeit wieder passieren kann.

Diese Ausstellung soll uns vor Augen führen, wo man Alltagsrassismus sehen kann und muss, wie man falsche Versprechen erkennen kann, wo uns antisemitische, faschistische Ideologien begegnen, um diese Tendenzen zu erkennen und ihnen mutig und gemeinsam entgegenzutreten und diese Tendenzen mit gemeinsamen Aktionen zu unterbinden. Diese Ausstellung ist für Rostock im Hinblick auf unsere jüngere unrühmliche Vergangenheit mit den rassistischen Ausschreitungen in Lichtenhagen 1992 und des Mordes 2004 an Mehmet Turgut durch die Nationalsozialistische Untergrundbewegung besonders wichtig.

Diese Ausstellung im Rathaus-Foyer soll die Bürgerinnen und Bürger erinnern, aufklären und wachrütteln. Diese Ausstellung soll uns sensibilisieren und ein Zeichen setzen. Ich hoffe auf viele interessierte Besucherinnen und Besucher, auch Kinder und Jugendliche aus Schulen, und bedanke mich beim ver.di-Bezirksausschuss Rostock für die organisatorische Vorbereitung der Ausstellung. Danke  
*(es gilt das gesprochene Wort)*



# ◀ ANTIFASCHISMUS

## HOLOCAUST-GEDENKTAG

Rede von Hannelore Rabe

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Dr. Fischer Gäde, Sehr geehrter Herr Werner, liebe Kameradinnen und Kameraden, liebe Rostocker und Gäste, im Namen der Basisgruppe VVN/BdA Rostock begrüße ich Sie herzlich hier an diesem Ort. **Dieser Ort**, - das heißt, wir stehen an dem Gräberfeld, auf welchem von 1959 bis 1967 Menschen beigesetzt wurden, die während der Herrschaft der Nationalsozialisten verfolgt wurden, aber deren Ende überlebt haben. Auf einigen Grabsteinen ist noch das Signum VdN zu lesen.

Ich möchte heute **nicht sprechen** zu bekannten Widerstandskämpfern, über die Dissertationen und Bücher geschrieben wurden, ich **möchte sprechen** über den Schlosser an der Werkbank, den Seemann in der Maschine, den Arbeiter am Fließband, die Hausfrau aus der Nachbarschaft, den Verkäufer in der Drogerie. Sie wurden verfolgt – **weshalb verfolgt?**

**Diese Frauen und Männer wollten nicht**, dass Deutschland ein „Groß-Deutschland“ wird, ein „Volk ohne Raum“, das größer und immer größer werden sollte, seine Nachbarländer besetzt, seine „Wehrmacht“ über deren Grenzen marschieren lässt und den Völkern vorschreibt, wie sie zu nach deutschem Vorbild zu leben haben. **Diese Frauen und Männer wollten nicht**, dass sich deutsche Rüstungskonzerne der Ideologie und der Politik des NS-Regimes bedienen, um noch reicher und mächtiger zu werden.

**Sie wollten auch nicht**, dass Menschen, ja ganze Menschengruppen aussortiert werden,

- weil sie den Idealen der arischen Rasse nicht entsprechen,
- weil sie körperlich oder geistig behindert sind,
- weil sie ihren Genen entsprechend homosexuell, also gleichgeschlechtlich lieben und leben wollen, weil sie Sinti und Roma sind,
- weil sie als Juden für jedes Unglück der Deutschen verantwortlich gemacht werden.

Bis vor Kurzen stand hier noch der Stein von **Wilhelm Berg**. Er kam 1934 von Kiel nach

Rostock. Von Beruf Schlosser, arbeitete er zunächst auf der Neptun-Werft, später als Schweißer bei den Arado-Flugzeugwerken in Warnemünde. Seiner Überzeugung gemäß trat er nach Beginn des Krieges 1939 in Gesprächen mit seinen Arbeitskollegen gegen den Krieg und die verbrecherische NS-Politik auf und äußerte, **in den Wehrmachtsberichten würden Unwahrheiten verbreitet**. Deswegen wurde er im September 1940 von Nazis aus dem Kreis der Betriebsobleute brutal zusammen geschlagen und der Gestapo ausgeliefert. 1940 verurteilte ihn ein Sondergericht in Rostock (übrigens im ehemalige Ständehaus am Steintor) zu 2 Jahren Gefängnis, die er im Zuchthaus Bützow-Dreibergen verbringen musste. (Heft 1 / S.20)



Wir erinnern an **Minna Jagnow**, die als Verbindungsperson zur Widerstandsgruppe ihres Mannes fungierte. In der „Roten Hilfe“ übernahm sie den Zeitungsvertrieb. Trotz wiederholter Hausdurchsuchungen versteckte sie zwei jüdische Bürger vor den Nazis und konnte ihnen zur Flucht verhelfen. (Heft 1 / S.22)

**Wilhelm Schumacher** wurde 1914 Mitglied der SPD. Bei der Abwehr des Kapp-Putsches 1920 war er Zugführer in den Kämpfen bei Schutow und Techow. Von 1923 bis 1933 fungierte er als Vertrauensmann der Schiffbauer der Neptun-Werft und war im erweiterten Betriebsrat der Werft. Im Widerstand gegen die Nazis diente die Anschrift von Wilhelm Schumacher als Deckadresse zur Verbreitung von illegalen Schriften und seine Wohnung für konspirative Treffen. 1934 wurde er vom Hanseatischen Oberlandesgericht Hamburg zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt und war im Zuchthaus Bützow-Dreibergen inhaftiert. (Heft 1 / 24)

Spektakulär geht es im Bericht über **Paul Pätke** zu. Er gehörte einer kommunisti-

schen Widerstandsgruppe in Rostock an. Die Gruppe malte politische Losungen an die Wände der Stadt und verteilte Flugblätter, die sie in einer Schreibmaschinen-Reparaturwerkstatt anfertigen konnten. **Ein Häftling im Rostocker Gefängnis berichtet:** „Am Morgen des 1. Mai schaute ich durch das vergitterte Fenster. Von da aus konnte ich weit hinaus in Richtung Kröpeliner Tor, Doberaner Straße und Wallgraben sehen. Mit einem Male – sah ich denn recht? Da wehte doch eine Rote Fahne!! Die musste auf dem Schornstein der Brauerei sein.“

Was war geschehen? **Paul Pätke** hatte mit noch 2 Arbeitern in der Nacht vorher den Schornstein der Klostermühle erklettert und die Fahne angebracht. Im Hochverratsprozess 1935 in Rostock stand er mit weiteren 13 Antifaschisten vor Gericht. Er musste eine Zuchthausstrafe von 2 Jahren verbüßen. (Heft 1 /S. 23)

Hier und auf den Rostocker Friedhöfen wurden auch Menschen beigesetzt, die die Nazis „aus-sortieren“, dezimieren, vollständig vernichten wollten.

**Dieter Renner**, homosexuell und „Halbjude“, wurde mit 17 Jahren über

die Organisation Todt, wie mein Mann Uli Rabe übrigens auch, nach Frankreich ins Lager deportiert. Unter Lebensgefahr mussten sie zerstörte Gleisanlagen reparieren, Auftragnehmer der Nazis war übrigens die auch heute noch allgegenwärtige STRABAG.

Das Schauspielerehepaar, die **Juden Lisl und Hans Hofer** aus Wien und Prag, haben insgesamt 5 Konzentrationslager überlebt. Im Ghetto Theresienstadt haben sie Kabarett gespielt, Kabarett – im Anblick des Todes? Wie ist das möglich? War das ihre Form des Widerstandes gegen die Grausamkeiten an den Häftlingen?

**Ja! Einmal gab es etwas im Alltag, das vom Hunger, der Kälte, den Läusen und der Angst vor dem nächsten Transport ablenkte. Zum anderen regten die Kabarett-Texte und deren Interpretation durch die Künstler zum Nachdenken über die Verursacher ihrer Leiden an, gaben den Häftlingen, Selbstbewusstsein, Hoffnung und manchmal auch Kraft fürs Überleben. Totentanz-Kabarett hinterm Stacheldraht.**

Nach der Befreiung aus den verschiede-

nen Lagern fanden sich Hans und Lisl in Prag und spielten wieder Theater. 1960 holte Hans Anselm Perten die beiden als Schauspieler an das Volkstheater Rostock und manch Rostocker kennt sie noch aus dieser Zeit.

**Die Bürgerschaft der Stadt Rostock hat beschlossen**, sich auch dieser dunklen Seite ihrer Stadtgeschichte zu stellen. Damit outet sich Rostock einmal mehr als eine offene, moderne Stadt, die bereit ist, auch mit dieser Vergangenheit verantwortungsvoll umzugehen. Auf einem noch zu schaffendem Areal werden 34 Grabsteine und 151 Namen an diese Zeit erinnern.

Ganz gleich, wie sich das Leben der Frauen und Männer, ihr Denken und Handeln weiter gestaltete, eines eint sie alle: Sie wurden in der Zeit des Nationalsozialismus, aus welchen Gründen auch immer, brutal verfolgt. Für sie soll es eine Gedenkstätte geben.

*Aber es wird nicht nur eine Stätte sein, an der man Menschen gedenkt, die man kannte. Ich zum Beispiel war neun Jahre alt, als der Krieg zu Ende ging. Ein Jahr später hätte ich zum BDM gemusst. Ich habe Lisl und Hans, habe Dieter, Paul und Minna noch kennen gelernt.*

Die künftige Anlage wird wohl **eher ein Ort des Erinnerns sein**. Enkel und Urenkel, Schüler, Jungen und Mädchen, Studenten, Gäste der Stadt – spätere Generationen werden diese Namen lesen und sich erinnern, **erinnern an** das was sie gehört, gelesen und gesehen haben, im Geschichts-

unterricht, bei Gesprächen in der Familie, in Büchern und Filmen. Wenn sie diese Namen lesen, werden sie erinnert an eine Zeit, als auch in Rostock Kolonnen grölend durch die Stadt zogen, mit „Heute gehört uns Deutschland und morgen die ganze Welt“, und sie werden **dann hier** erinnert an mutige Menschen, die „Nein“ sagten, die von einer friedvollen Zukunft träumten. So werden spätere Generationen ihre eigene Geschichte besser verstehen, **darüber nachdenken und vielleicht auch bereit sein, entsprechend zu handeln**.  
Ich danke Ihnen.



## SANITZ 2014 UND 2022

### Schule ohne Rassismus

Im Dezember 2014 fuhr ich erstmalig nach Brüssel ins Europaparlament mit dem Auftrag unserer Schulen, Material für ein friedliches Zusammenleben der europäischen Völkerfamilie mitzubringen. Da waren die ersten 40 Geflüchteten schon in der Gemeinde untergebracht. Ein Jahr später ging ich mit Sami und Anton zu den Schülern. Sami berichtete über den Fluchtweg von Eritrea über das Mittelmeer und Anton über die Kämpfe auf dem Maidan in Kiew gegen faschistische Gruppen. Dort wollte er seinen kleinen Sohn nicht heranwachsen sehen. Eine Gruppe von Schülern half dann ein Schulhalbjahr den Kindern der Geflüchteten bei den Hausaufgaben, fuhren mit ihnen nach Warnemünde oder spielten einfach nur mit Bällen. Angst abbauen, Vertrauen schaffen, helfen und den eigenen Standpunkt zur Schule ohne Rassismus finden. Sie halfen auch einem kranken polnischen Mädchen und der Familie aus unserer Partnergemeinde mit Schulmaterialien u.a.m. Immer wieder das Thema Flucht in unserem Jahrtausend! Inzwischen sind acht Jahre vergangen und die heutigen Schüler am Gymnasium in Sa-

nitz waren gerade eingeschult, als es den Titel gab. Ein großes Erbe wartete auf sie – Schule ohne Rassismus!

### Hilfsaktion für die Ukraine – ein voller Erfolg!

So haben Ole, Marek, Lasse, Bastian, Manuel - um nur einige von den Helfern zu nennen - gemeinsam mit ihrer Lehrerin Uta Ciupka eine Spendenaktion mit enormer Resonanz gemeistert. Ein Transporter ging vom Gymnasium aus über Marlow an das polnisch-ukrainische Logistikzentrum in Gorzow Wielkopolski. Ein Teil der Spenden blieb in Sanitz, mit denen jetzt die in unserer Gemeinde ankommenden Geflüchteten aus dem Krieg in der Ukraine bedacht werden.

So erlebe ich heute im Jahre 2022, genau wie vor nunmehr neun Jahren, dass geflüchtete Menschen sich zu einem Handtuch, Tee und Kaffee, Hygieneartikel oder auch über einen Kinderwagen freuen. Wenn einige Mütter Tränen in den Augen haben, vergessen die Kinder bei einem Spiel mit Seifenblasen, Buntstiften, Malheften und einem Stofftier für die ganz Kleinen für einige Minuten, dass der Papa

## IMPRESSUM

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock  
Kröpeliner Straße 24  
18055 Rostock  
Telefon: 0381-4920010  
Telefax: 0381-4920014  
E-Mail: [info@dielinke-rostock.de](mailto:info@dielinke-rostock.de)  
Internet: [www.dielinke-rostock.de](http://www.dielinke-rostock.de)

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Markt 34, 18273 Güstrow  
Telefon: 03843-687311  
E-Mail: [landkreis-rostock@die-linke-mv.de](mailto:landkreis-rostock@die-linke-mv.de)  
Internet: [www.die-linke-landkreis-rostock.de](http://www.die-linke-landkreis-rostock.de)

Redaktion: Peter Hörnig, Dr. Carsten Penzlin  
Layout: Carsten Penzlin  
E-Mail: [redaktion.klartext@web.de](mailto:redaktion.klartext@web.de)

Spendenkonten der LINKEN:  
Landkreis Rostock:  
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07  
BIC: HYVEDEMM300  
Hypo-Vereinsbank  
Rostock:  
IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84  
BIC: NOLADE21ROS  
OSPA Rostock  
Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwählende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe  
(Spende + Versandkosten)

fehlt. Viele Anrufe mit Hilfsangeboten haben mich in den letzten Wochen erreicht. Danke!

Liebe Einwohner der Gemeinde Sanitz, liebe Schüler und Schülerinnen, sehr geehrte Lehrkräfte in unserer Gemeinde, ich bedanke mich für die enorme Hilfsbereitschaft!

*Barbara Kirchhainer  
stellv. Bürgervorsteherin*



## AUS DEM BUNDESTAG

INA LATENDORF: Neue Herausforderungen – die Menschen im Blick

Dank der drei Direktmandate von Gesine Lötzsch, Gregor Gysi sowie Sören Pellmann nimmt mich meine Arbeit als Mitglied im 20. Deutschen Bundestag nun seit 6 Monaten voll ein. In den ersten Wochen hieß es: sich Zurechtfinden, Abläufe verstehen, organisieren; sowohl in Berlin, als auch für die Wahlkreisarbeit in Mecklenburg-Vorpommern.

Die Büros in Hagenow, Güstrow und Schwerin sind inzwischen eingerichtet. Für die große Unterstützung dabei danke ich besonders Felix Baumert und Helga Schwarzer. Mein Wunsch, im Petitionsausschuss zu arbeiten ging auf, denn mir persönlich ist die Nähe zwischen den Petenten und dem Ausschuss sehr wichtig. Bürgerinnen und Bürger haben das Recht, sich mit Anliegen direkt ans Parlament zu wenden. Ich werbe dafür, dieses Recht zu nutzen!

In dem Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und ländliche Räume, in dem ich mitarbeite, haben sich schon in den ersten Wochen viele Themenfelder aufgetan. Die haben mich als agrarpolitische Sprecherin und Obfrau der Linken natürlich sofort und besonders in Anspruch genommen. Eins ist schon jetzt ganz klar, die sozialen Themen im ländlichen Raum, die soziale Frage

für die Beschäftigten in der Landwirtschaft und die Frage, wie soll gesunde Ernährung bezahlt werden, stellt nur DIE LINKE.

Mit dem Beginn des Krieges in der Ukraine geht einher, dass wir noch stärker die dramatische Ernährungssituation sowohl in dem Kriegsgebiet aber auch bei der Weltenernährung in den Fokus nehmen müssen. In der verfehlten globalen Landwirtschafts- und Ernährungspolitik, in der Art des Wirtschaftens, in Spekulation mit Lebensmitteln, ungleicher Ressourcenverteilung, Monopolbegünstigung und falscher Subventionspolitik liegen die wirklichen Ursachen für die sich jetzt abzeichnenden Zuspitzungen der Versorgung mit Lebensmitteln, mit Dünger und mit Energieträgern. Wir Linken werden als soziale Opposition ganz genau hinschauen und vor allem kritisch der Ampelkoalition gegenüberstehen und unsere Werte und Vorstellungen deutlich machen. Gerade bei den vielen Veränderungen, die im Agrar- und Ernährungsmittelbereich anstehen, müssen auch die Anliegen der Beschäftigten immer mitgedacht und deren Rechte eingefordert werden. Dafür werde ich mich besonders einsetzen.

Über meine Arbeit könnt ihr auch auf Facebook, Instagram und auf meiner Internetseite [ina-latendorf.de](http://ina-latendorf.de) nachlesen, denn auch dort berichte ich regelmäßig über Neues aus meiner Abgeordnetentätigkeit.

# Up un Dal



**Gewinner:** Vanessa Müller, Co-Vorsitzende und Peter Ritter, Co-Vorsitzender DIE LINKE.MV. Wir wünschen Vanessa und Peter viel Erfolg in ihren verantwortungsvollen Funktionen! Es wird endlich Zeit, dass der Landesvorstand unserer Partei seiner Führungsaufgabe gerecht wird.

**Verlierer:** Alle Menschen, die glaubten, der Frieden in Europa sei sicher.

### ZITAT

„Ich habe geschworen, niemals zu schweigen, wann immer und wo immer Menschen leiden und gedemütigt werden. Wir müssen immer Partei ergreifen. Neutralität hilft dem Unterdrückter, nie dem Opfer. Schweigen ermutigt den Folterer, niemals die Gefolterten.“ - Elie Wiesel

### ZAHL DES MONATS

Weit über 30.000 Menschen haben bereits den Appell gegen Aufrüstung (siehe links unten) unterzeichnet. Und Du?

### LYRIK

#### Baumblütenzauber

(von Janina Niemann-Rich)

Verlust kein Verlust  
wenn Gegenwart ein Gewinn

#### Verständigung

(von Janina Niemann-Rich)

Kommunikation ist  
Zauberwort  
im Zeitalter  
digital

#### Schlammige Voraussetzung

(von Jürgen Riedel)

Tatsachenfälschende Ideologie  
würde nicht aus ihrem Erdloch kriechen  
ohne abschüssigen Hang zur Machtgier

#### Matschige Vor-Geh-ensweise

(von Jürgen Riedel)

Randrechts Marschierende mit Großhirnborke  
haben keine politische Macht:  
Horde zu klein  
besitzen sprachliche Macht:  
zertrampeln blumensympathischen  
Sinn des Wortes Spaziergang

#DerAppell

# Keine Hochrüstung ins Grundgesetz!

Wir unterstützen den Appell vieler Wissenschaftler\*innen,  
Künstler\*innen und politisch Aktiver.

Du auch? Unterschreibe jetzt!

[www.derappell.de](http://www.derappell.de)

# DIE LINKE.